



Presseschau vom 02.07.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

Natalia Pawlowa: Rechte der EU-Unternehmen in Russland werden strikt eingehalten – Leiter der Wettbewerbsbehörde

Der Leiter der Föderalen Wettbewerbsbehörde Russlands (FAS), Igor Artemjew, hielt ein Online-Treffen mit Vertretern der Mitgliedsunternehmen der Assoziation des Europäischen Business (AEB) aus verschiedenen Branchen ab und stellte sich deren Fragen. ...

<https://sptnkne.ws/CS3a>

Irina Alksnis: Halbjahresbilanz COVID-19: Warum kommt Russland besser durch die Pandemie als andere?

6556 neue Ansteckungen am 1. Juli: Der Rückgang von Neuinfektionen mit dem Coronavirus setzt sich in Russland sichtlich fort. Pandemiebedingte Einschränkungen lässt das Land schrittweise hinter sich...

<https://sptnkne.ws/CS9n>

Bryan MacDonald: Trotz westlicher "Warnungen": Große Mehrheit der Russen unterstützt Verfassungsänderung

Seit Wochen wird die russische Verfassungsänderung im Westen mit Argwohn und Häme betrachtet. Demnach geht es Putin nur darum, seine Macht auszubauen. Diese Perspektive verkennt die Hintergründe des Prozesses und vor allem auch die Mündigkeit der russischen Bürger. ...

<https://de.rt.com/28bh>

Andrej Koz: Punktgenau gegen Terror: Was Russland mit Iskander-Raketen in Syrien macht

Sie wirken stark, präzise und aus der Ferne: Um Terrornester zu bekämpfen, nutzen die russischen Streitkräfte in Syrien unter anderem das operativ-taktische Raketenystem „Iskander-M“. Wozu sind russische Raketen noch gut und welche anderen Waffensysteme hat Russland in Syrien im Einsatz? ...

<https://sptnkne.ws/CS98>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Im Widerspruch zum Völkerrecht: Bundestag gegen Annexion des Westjordanlandes**

Der Bundestag hat die israelische Regierung aufgerufen, auf eine völkerrechtswidrige Annexion palästinensischer Gebiete zu verzichten.

Die angekündigte Annexion von Teilen des Westjordanlandes und der dortige Ausbau jüdischer Siedlungen stünden „im Widerspruch zu internationalem Recht“, heißt es in einem gemeinsamen Antrag von CDU/CSU und SPD, den das Berliner Parlament am Mittwoch ohne Gegenstimmen gebilligt hat.

Fast alle Fraktionen im Bundestag warnten vor diesem Plan, weil dadurch die Sicherheit Israels und die angepeilte Zweistaatenlösung in Gefahr sei. Nur die AfD zeigte sich offen für eine Annexion: Sie sei im nationalen Interesse Israels, erklärte der AfD-Abgeordnete Anton Friesen.

Die anderen im Bundestag vertretenen Parteien distanzieren sich hingegen von dem israelischen Vorhaben. So warnte der außenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Gregor Gysi, ein solcher Völkerrechtsbruch bedrohe nicht nur den internationalen Ruf Israels, sondern verschlechtere auch die Lage der Juden weltweit. „Weder sie noch Israel werden dadurch sicherer – im Gegenteil.“

Bedrohung für die Nahost-Region

Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) warnte in der Debatte, das israelische Vorhaben bedrohe die Stabilität der gesamten Nahost-Region: „Frieden lässt sich nicht durch einseitige Schritte erreichen.“

Der Koalitionsvertrag der israelischen Regierungsparteien sah für den 1. Juli erstmals die Möglichkeit vor, entsprechende Annexionsschritte einzuleiten. Anfang September 2019 hatte der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu versprochen, die Siedlungen im Westjordanland zu annektieren. Der Premier bezeichnete diese Region als kritisch wichtig für die Sicherheit Israels. Zu diesem Vorstoß trug der Nahostplan von US-Präsident Donald Trump maßgeblich bei, welcher nach Ansicht vieler Kritiker deutlich auf die Interessen Israels zugeschnitten ist.

Umstrittene Siedlungspolitik

Israel hatte während des Sechstagekrieges 1967 unter anderem das Westjordanland und Ost-Jerusalem erobert und treibt seitdem seine dortigen Siedlungsprojekte voran. Die Palästinenser fordern die Gebiete für einen eigenen Staat mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt. Die EU vertritt – wie zahlreiche andere internationale Akteure – die Auffassung, dass die Siedlungen nach dem Völkerrecht illegal sind und ein Hindernis für den Frieden darstellen. Israel sieht in seiner Siedlungspolitik hingegen keinen Rechtsbruch und erhebt auf die Territorien historische und juristische Ansprüche.

dnronline.su: Die Seite der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa in Facebook wurde gehackt.

„Heute, einige Zeit nach dem Hacking, wurden auf der Seite offensichtlich provokative und gefälschte Erklärungen veröffentlicht. Die ukrainischen Provokateure beschränkten sich nicht auf ein Hacken der Seiten des Oberhauptes der DVR in den sozialen Netzwerken und setzten ihre Informationsangriffe fort“, teil der Pressedienst des Außenministeriums mit.

de.sputniknews.com: **Russische Nordflotte verfolgt Nato-Marineübung im Atlantik**

Die Nordflotte Russlands verfolgt laut dem Nationalen Zentrum für Verteidigungsverwaltung das Vorgehen von Schiffen und Fliegerkräften der Nato bei der Marineübung „Dynamic Mongoose 2020“ im Atlantik und im Europäischen Nordmeer.

„Die Kräfte und Mittel der Nordflotte erfüllen einen Maßnahmenkomplex zur Kontrolle über das Vorgehen von Schiffen und Fliegerkräften der vereinigten Seestreitkräfte der Nato, die an einer Übung im Nordatlantik und im Europäischen Nordmeer teilnehmen. Bei der Übung werden Schiffe und Flugtechnik von sieben Nato-Staaten (USA, Kanada, Großbritannien, Deutschland, Dänemark, Norwegen und Frankreich) eingesetzt“, heißt es in der Mitteilung. Vom 1. bis 9. Juli findet im Nordatlantik die jährliche Nato-Marineübung „Dynamic Mongoose“ statt.

Wie aus einer Mitteilung auf der Webseite der Bundeswehr hervorgeht, verfolgt das Manöver das Ziel, allen Teilnehmern ein komplexes und herausforderndes Seekriegstraining zu bieten, um ihre Interoperabilität und ihre Fähigkeiten bei der U-Boot-Abwehr und im Seekrieg generell zu verbessern.

Während des zweiwöchigen Manövers werde jedes Schiff die Gelegenheit haben, verschiedene U-Boot-Abwehroperationen zu fahren, heißt es weiter.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32744/38/327443844_0:288:3071:1950_1000x541_80_0_0_55d2cbb80dce791d4135e35c4a0e1a84.jpg

de.sputniknews.com: **Wegen „Verschwörung mit Taliban“: US-Senator fordert neue Sanktionen gegen Russland**

Der demokratische US-Senator Robert Menendez hat als Reaktion auf die angebliche „Verschwörung“ zwischen Moskau und Terrorkämpfern in Afghanistan vorgeschlagen, neue Sanktionen gegen Russland einzuführen.

Laut dem eingebrachten Entwurf sollen die Sanktionen greifen, wenn der Direktor der nationalen Nachrichtendienste bestätigt, dass der Kreml Terrorkämpfern eine Belohnung für Angriffe auf US-Soldaten in Afghanistan angeboten hätte. In diesem Fall sollten die Sanktionen binnen 15 Tagen in Kraft treten.

Dabei soll es sich um übliche Strafmaßnahmen handeln – etwa das Einfrieren von Vermögenswerten, Einreisebeschränkungen sowie ein Verbot für die Zusammenarbeit mit dem russischen Geheimdienst. Menendez betonte, dass sich die Sanktionen nicht nur gegen russische Funktionäre richten würden, die in Verbindung mit den Taliban stehen sollen. Sie würden in erster Linie auf den russischen Präsidenten Wladimir Putin abzielen – sowie auf die

Hauptzentrale des Militärgeheimdienstes Russlands.

Die USA werfen Moskau schon seit geraumer Zeit vor, eine Reihe von Verbrechen verübt zu haben – darunter die Einmischung Russlands in die US-Präsidentenwahlen 2016 sowie die Vergiftung des ehemaligen russischen Doppelagenten Sergej Skripal.

Die Zeitung „The New York Times“ hatte am vergangenen Freitag unter Berufung auf anonyme Mitarbeiter der US-Geheimdienste einen Artikel veröffentlicht, in dem behauptet wurde, dass die russische Militäraufklärung Terrorkämpfern, die mit den Taliban verbunden seien, eine Belohnung für Angriffe auf US-Soldaten in Afghanistan angeboten hätte. In dem Beitrag wurden keinerlei Beweise angeführt.

Die russische Botschaft in Washington hat den Artikel der „New York Times“ als „Fake“ bezeichnet. Später wies auch die Taliban-Bewegung die besagte Behauptung als nicht wahrheitsgemäß zurück.

Der amerikanische Präsident Donald Trump teilte diesbezüglich mit, dass der US-Nachrichtendienst diese Informationen für nicht vertrauenswürdig halte und sie ihm deshalb nicht zur Verfügung gestellt habe. „Möglicherweise handelt es sich um einen weiteren Schwindel, der mit Russland verbunden ist. Möglicherweise will die ‚New York Times‘ die Republikaner mit Hilfe von Fake News in ein schlechtes Licht rücken“, twitterte Trump dazu.

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 1. Juli wurde kein Beschluss von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine auf das Territorium der LVR festgestellt.

de.sputniknews.com: 77,92 Prozent der Russen stimmen für Verfassungsänderung

77,92 Prozent der Wählerstimmen in Russland haben nach Auszählung von 100 Prozent der Wahlzettel die größte Verfassungsänderung in der Geschichte des Landes unterstützt. Knapp 21,27 Prozent stimmten laut Angaben der Zentralen Wahlkommission Russlands dagegen.

Die Wahlbeteiligung wurde mit 65,28 Prozent angegeben. Die Volksabstimmung fand landesweit vom 25. Juni bis zum 1. Juli statt. Sie war ursprünglich für den 22. April geplant, musste allerdings auf Grund der Corona-Pandemie verschoben werden.

Wegen besonderer epidemiologischer Sicherheitsvorkehrungen wurde ein ungewöhnlich langer Abstimmungszeitraum gewählt. Um große Menschenversammlungen zu vermeiden, durften die Russen im Laufe einer ganzen Woche ihre Stimmen abgeben.

Insgesamt sind es 206 Änderungen. Die Verfassung beinhaltet viele soziale Versprechen wie etwa eine jährliche Rentenanpassung. Gegner der Verfassungsreform kritisieren diese jedoch als Versuch Putins, seine Macht zu erhalten. In dem neuen Grundgesetz steht zwar, dass kein Präsidentschaftskandidat mehr als zwei Mal das höchste Amt bekleiden darf. Doch der amtierende Präsident wäre nicht von der neuen Regelung betroffen, da diese nicht rückwirkend gilt: Putin könnte also 2024 erneut kandidieren.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32744/53/327445307_0:272:3072:1934_1000x0_80_0_1_6cf12f999d1115d879e7ee98d90a2fab.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 1. Juli 3:00 Uhr bis 2. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen von Seiten der BFU 7.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Donezk (Siedlung des Oktjabrskaja-Bergwerks, Volvo-Zentrum).**

Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine gestern eine **Kamera eines technischen Komplexes zur Erfassung und Beobachtung der OSZE-Mission vernichtet.**

Zu diesem Fall sowie zu vorgehenden Fällen von Beschuss von technischen Mitteln der Mission hat die Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess entsprechende Ermittlungen durchgeführt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 125.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 10.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Regelung an der Grenze: China und Indien halten drittes Treffen ab

Vertreter des Militärkommandos von China und Indien sind zum dritten Mal zusammengekommen, um die Regelung in der Grenzzone zu besprechen. Das teilte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Zhao Lijian, am Donnerstag mit.

„Die dritte Konsultationsrunde zwischen Vertretern des Militärkommandos von Indien und China fand am 30. Juni statt. Die Seiten fördern weiterhin den in den beiden vorangegangenen Verhandlungsrunden erzielten Konsens und konnten auch positive Fortschritte bei der Ergreifung wirksamer Maßnahmen zum Truppenabzug aus der tatsächlichen Kontrolllinie und zur Entspannung in der Grenzzone erzielen“, so der Diplomat.

Er betonte, dass die chinesische Seite diese Erfolge begrüße.

„Wir hoffen, dass Indien und China sich aufeinander zubewegen, den erzielten Konsens durch reale Handlungen umsetzen, weiterhin enge Kontakte über militärische und diplomatische Kanäle pflegen sowie gemeinsame Anstrengungen zur Entschärfung der Situation in den Grenzgebieten unternehmen werden“, so Zhao Lijian.

Am 15. Juni war es zu einem gewaltsamen Zusammenstoß zwischen indischen und chinesischen Soldaten in der nordwestindischen Region Ladakh gekommen. Dabei wurden mindestens 20 Inder getötet. Wie viele Opfer es unter den chinesischen Militärs gegeben hat, gab die Volksrepublik nicht an. Indische Medien meldeten mindestens 45 Verletzte oder Tote auf chinesischer Seite.

In den vergangenen Tagen bemühten sich beide Seiten um eine Deeskalation der Situation.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32739/23/327392368_0:253:2637:1680_1000x0_80_0_1_2f75e926b30cfbe5bd7563b1851d28ae.jpg

Mzdnr.ru: Am 1. Juli wurden in der DVR 28 neue Fälle von Coronavirusinfektionen registriert, teilt das Gesundheitsministerium mit.

Alle Fälle sind Kontaktpersonen zu zuvor Infizierten, darunter vier medizinische Beschäftigte und zwei Kinder, die mit ihren zuvor erkrankten Eltern in Kontakt waren. Derzeit ist der Zustand der Patienten zufriedenstellend, alle erhalten die notwendige ärztliche Behandlung. Nach zwei negativen Tests wurden 131 Personen als gesund entlassen.

Außerdem gibt es zwei Todesfälle, ein 78 Jahre alter Mann und eine 41 Jahre alte Frau.

Am 2. Juli und 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 1194 Fälle von Infektionen registriert. 614 Patienten sind derzeit in Behandlung, 507 als gesund entlassen, es gibt 73 Todesfälle.

de.sputniknews.com: Waldbrände auf Kamtschatka wüten weiter: Gesamtfläche nun über 195.000 Hektar groß

Die Fläche der Naturbrände auf der Halbinsel Kamtschatka im russischen Fernen Osten hat sich auf 195.000 Hektar vergrößert. Entflammungen sind Behörden zufolge in sechs Bezirken der Region gemeldet worden.

„Auf dem Territorium der Region Kamtschatka in sechs Stadtbezirken (...) gibt es 50 Naturbrände“, heißt es in einer entsprechenden Mitteilung der lokalen Verwaltung des russischen Zivilschutzministeriums.

Derzeit liegt demnach die Gesamtfläche der Brände bei 195.302 Hektar.

Zur Unterstützung der Löscharbeiten traf auf der Kamtschatka ein Flugzeug vom Typ Be-200 mit 20 Fallschirmjägern ein. Zuvor kamen 56 Vertreter der Föderalen Agentur für Forstwirtschaft Russlands (Rosleschos) auf die Halbinsel.

Mitte Juni war berichtet worden, dass wegen der Brände in den Wäldern der russischen Pazifik-Halbinsel Kamtschatka der Notstand verhängt worden sei. Ende Juni betrug die Fläche der Brände mehr als 120.000 Hektar.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32738/15/327381530_0:280:3168:1994_1000x0_80_0_1_f550bb9e5489c243af86aee7af31ccba.jpg

Lug-info.com: Am 2. Juli um 9:00 sind in der LVR 504 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

Davon sind 450 nach zwei negativen Test als gesund entlassen. Es gibt 13 Todesfälle.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **New York Times nennt Vermittler in „Russlands Verschwörung mit den Taliban“**

Die Zeitung „The New York Times“ hat neue Details zu der angeblichen Verschwörung zwischen der radikalen afghanischen Bewegung „Taliban“ veröffentlicht: Der einstige Drogenschmuggler Rahmatullah Azizi soll als Vermittler zwischen den beiden Parteien fungiert haben, berichtet die Zeitung unter Verweis auf US- und afghanische Beamte. Demnach hatte Azizi, ein Mann in den 40ern, einige Aufträge für den Bau von Straßenabschnitten in Kundus erhalten, die von den US-geführten Koalitionstruppen angeboten worden seien. Später habe er begonnen, regelmäßig nach Russland zu reisen. Nachdem er „eine Basis in Russland etabliert“ habe, sei sein Wohlstand erheblich gestiegen, schreibt die Zeitung unter Verweis auf seine Verwandten und Nachbarn.

Vor etwa sechs Monaten habe der afghanische Sicherheitsdienst Dutzende Verwandte und Mitarbeiter von Azizi bei durchgreifenden Razzien verhaftet. Azizi sei zu dem Zeitpunkt aus Afghanistan geflüchtet. Bei einer Durchsuchung in einem seiner Häuser in Kabul sei etwa eine halbe Million US-Dollar in bar entdeckt worden.

Die Zeitung will Details zu Azizis Vermittlerrolle im Kopfgeldplan in „einem Dutzend Interviews“ bestätigt haben. Zu den Befragten sollen „US-amerikanische und afghanische Beamte, die über den Geheimdienst und die Razzien, die dazu führten, Bescheid wussten, seine (Azizis – Anm. d. Red.) Nachbarn und Freunde sowie Geschäftspartner“ gehören, die wegen des Verdachts einer Beteiligung verhaftet wurden. Sie alle hätten unter der Bedingung der Anonymität gesprochen.

In den Geheimdienstberichten sei Azizi als ein wichtiger Mittelsmann zwischen dem russischen militärischen Nachrichtendienst und Militanten bezeichnet worden, die mit den Taliban in Verbindung stehen würden und Angriffe durchgeführt hätten, so die Zeitung. Er gehöre zu denjenigen, die Bargeld in Russland eingesammelt hätten. Es soll dabei um mehrfache Zahlungen von Hunderttausenden US-Dollar gehen.

Das Geld soll über das sogenannte Hawala-Finanzsystem – ein informelles Zahlungsverfahren – über verschiedene Umwege nach Afghanistan gelangt sein.

Bei seinen Razzien in Büros mehrerer Hawala-Geschäftsleute in der Hauptstadt Kabul und in

Kundus im Norden des Landes vor etwa sechs Monaten habe die afghanische Sicherheitsbehörde mehr als ein Dutzend Personen festgenommen. Die Büros seien verdächtigt worden, mit dem Kopfgeldplan in Verbindung zu stehen.

„Das Ziel der Operation war Rahmat (Azizi – Anm. d. Red.), der lange Zeit zwischen Russland hin- und herpendelte und sagte, er arbeite dort, aber niemand wisse, was er tue“, zitiert die Zeitung den stellvertretenden Vorsitzenden des Provinzrats von Kundus, Safiullah Amiry. Damals sei Rahmat jedoch „bereits geflohen“.

„Nach dem, was ich von den Sicherheitsbeamten hörte, war das Geld über Rahmat aus Russland gekommen“, sagte Amiry.

Laut afghanischen Beamten sollen Kopfgelder im Wert von bis zu 100.000 US-Dollar pro getöteten Soldaten der US- oder Koalitionstruppe angeboten worden sein. Unklar bleibe, wie das Geld an Militante verteilt worden sei, die für die Taliban Angriffe durchgeführt hätten und auf welcher Ebene die Koordinierung erfolgt sei.

Umstrittene Berichte von „New York Times“

Die Zeitung „The New York Times“ hatte am vergangenen Freitag unter Verweis auf Mitarbeiter der US-Geheimdienste, die anonym bleiben wollten, behauptet, dass die russische Militäraufklärung Terrorkämpfern, die mit den Taliban verbunden seien, eine Belohnung für Angriffe auf US-Soldaten in Afghanistan angeboten hätte. US-Präsident Donald Trump sei darüber informiert worden, hieß es. In dem entsprechenden Beitrag wurden jedoch keinerlei Beweise angeführt.

Später berichtete die Zeitung in einem weiteren Artikel unter Verweis auf drei Quellen, dass US-Beamte elektronische Daten über Finanzüberweisungen von einem angeblich vom russischen Militärgeheimdienst kontrollierten Bankkonto auf ein Konto, das mit den Taliban in Verbindung stehen soll, abgefangen hätten. Diese Tatsache soll einer der Beweise dafür sein, dass Russland angeblich Terrorkämpfern in Afghanistan Belohnungen für die Tötung von US-Militärangehörigen angeboten habe.

„Ein weiterer Schwindel, der mit Russland verbunden ist“

Die russische Botschaft in Washington verlangte von den US-Behörden eine angemessene Reaktion auf die Bedrohungen, die aufgrund der Nachrichten über Russland und Afghanistan Diplomaten zukommen. Das russische Außenministerium bezeichnete den Artikel der „New York Times“ als „Fake“. Auch die Taliban-Bewegung wies die besagte Behauptung als nicht wahrheitsgemäß zurück.

Der US-amerikanische Präsident, Donald Trump, teilte diesbezüglich mit, dass der US-Nachrichtendienst diese Informationen für nicht vertrauenswürdig halte und sie ihm deshalb nicht zur Verfügung gestellt habe. „Möglicherweise handelt es sich um einen weiteren Schwindel, der mit Russland verbunden ist. Möglicherweise will die ‚New York Times‘ die Republikaner mit Hilfe von Fake News in ein schlechtes Licht rücken“, twitterte Trump dazu. Das Weiße Haus, das Pentagon sowie die US-Nachrichtendienste ließen verkünden, es gebe im Moment keine Bestätigung der NYT-Berichte. Trump sei über derartige Erkenntnisse nicht informiert worden, hieß es.

Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, bezeichnete die Berichte der „New York Times“ über Russlands angebliche „Verschwörung“ mit den Taliban als Lüge. Seine Antwort auf die Frage von Journalisten, ob Trump dieses Thema im Laufe dieses Jahres auf irgendeine Art mit Wladimir Putin diskutiert habe, war negativ.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32178/15/321781551_0:257:2048:1365_1000x541_80_0_0_1f121f31e10792dcdad463adf02be888.jpg

de.sputniknews.com: **Saudi-Arabien droht OPEC+ mit Ölkrieg**

Saudi-Arabien droht den Ländern der OPEC+-Gemeinschaft mit einem Ölkrieg, falls sie die Vereinbarung zur Drosselung der Ölförderung nicht erfüllen sollten. Dies berichtet die US-Zeitung „Wall Street Journal“ unter Berufung auf die Quellen.

Demnach hat der saudi-arabische Energieminister, Prinz Abdulaziz bin Salman, Angola und Nigeria kürzlich ein Ultimatum gestellt und die beiden Staaten aufgefordert, ihre Pläne für zusätzliche Kürzungen vorzulegen. Die afrikanischen Länder hätten die Förderkürzungen in den ersten Monaten nach der Vereinbarung nicht erfüllt und sollen das jetzt kompensieren. Der Minister habe auch gewarnt, dass Saudi-Arabien Öl zu reduzierten Preisen verkaufen könnte, um Angola und Nigeria zu untergraben.

Der Ölpreis war Anfang März abgestürzt, nachdem die Opec+-Gemeinschaft sich nicht auf neue Begrenzungen der Ölfördermenge aufgrund des Nachfrageeinbruchs im Zusammenhang mit der Corona-Krise einigen konnte. Russland wollte damals die Ölförderquote unverändert verlängern lassen, Saudi-Arabien forderte eine weitere Reduzierung. Der Streit führte dazu, dass die Förderbremse am 1. April auslief. Beobachter spekulierten über einen Preiskrieg unter Ölexporturen.

Im April einigten sich das Kartell Opec und weitere wichtige Ölförderer darauf, die Ölförderung um 9,7 Millionen Barrel pro Tag für die Monate Mai und Juni zu kürzen. Die Entscheidung trieb die Ölpreise in die Höhe. Anfang Juni wurde die Förderkürzung bis Ende Juli verlängert.

mil-lnr.info: Dringende Erklärung des Vertreters der Volksmiliz der LVR am 2. Juli 2020
Ukrainische Kämpfer aus der 93. Brigade haben in Verletzung der Normen des internationalen humanitären Rechts über die Kriegführung auf Befehl des Kriegsverbrechers Bryshinskij **Golubowskoje** mit einem großkalibrigen Maschinengewehr beschossen.

Infolge des Beschusses wurden drei Wohnhäuser in der Schewtschenko-Straße 8 und 23 sowie in der Posochow-Straße 50 beschädigt. Genauere Informationen über Zerstörungen werden noch ermittelt.

Zum Schutz der Zivilbevölkerung der Republik gegen verbrecherische Handlungen der ukrainischen Straftruppen haben Einheiten der Volksmiliz die **Feueraktivität des Gegners unterbunden**. Die Verluste des Gegners betragen einen Schwerverletzten.

Wir wenden uns an den Kommandeur der 93. Brigade Bryshinskij, dass er den Terror gegen friedliche Bürger der Republik einstellt und in seiner beruflichen Tätigkeit die Normen militärischer Konflikte, die auf den Genfer Konventionen gründen, streng einhält. Außerdem erinnern wir daran, dass eine Aggression gegen unsere Bürger adäquat unterbunden werden wird und dem Personal und der Technik der ukrainischen Verbrecher Verluste zugefügt

werden.

de.sputniknews.com: **Putin dankt Russen nach Abstimmung: „Müssen alles tun, um dem Vertrauen gerecht zu werden“**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat den Bürgern Russlands für deren Unterstützung der Verfassungsreform gedankt. Knapp 78 Prozent der russischen Bevölkerung haben diese Änderung befürwortet. Putin zeigte zugleich aber auch Verständnis für die Nein-Stimmen. „Aber bevor wir mit der Arbeit beginnen, will ich mich mit Worten der Dankbarkeit an die russischen Bürger wenden. Ich möchte sagen: Vielen Dank für die Unterstützung und das Vertrauen“, äußerte Putin in einer Sitzung am Donnerstag.

Die russische Führung auf allen Ebenen müsse alles dafür tun, um dem hohen Vertrauen der Bürger gerecht zu werden.

„Ich verstehe aber auch diejenigen, die dagegen gestimmt haben. Wir haben viele ungelöste Probleme, das ist wahr“, so der russische Präsident weiter.

Russen stimmen für Verfassungsänderung

77,92 Prozent der Wählerstimmen in Russland haben nach Auszählung von 100 Prozent der Wahlzettel die größte Verfassungsänderung in der Geschichte des Landes unterstützt. Knapp 21,27 Prozent stimmten laut Angaben der Zentralen Wahlkommission Russlands dagegen. Die Wahlbeteiligung wurde mit 65,28 Prozent angegeben. Die Volksabstimmung fand landesweit vom 25. Juni bis zum 1. Juli statt. Sie war ursprünglich für den 22. April geplant, musste allerdings auf Grund der Corona-Pandemie verschoben werden.

Die neue Verfassung beinhaltet viele soziale Versprechen wie etwa eine jährliche Rentenanpassung. Gegner der Verfassungsreform kritisieren diese jedoch als Versuch Putins, seine Macht zu erhalten. In dem neuen Grundgesetz steht zwar, dass kein Präsidentschaftskandidat mehr als zwei Mal das höchste Amt bekleiden darf. Doch der amtierende Präsident wäre nicht von der neuen Regelung betroffen, da diese nicht rückwirkend gilt: Putin könnte also 2024 erneut kandidieren.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32741/75/327417590_0:0:3122:1691_1000x541_80_0_0_91b45f9f4be915b5130b2e7611ab7820.jpg

de.sputniknews.com: **Venezuelas Goldreserven: High Court urteilt zugunsten Guaidos und erkennt ihn als Staatschef an**

Im Streit um Goldreserven im Wert von etwa 890 Millionen Euro hat ein britisches Gericht zugunsten des venezolanischen Oppositionsführers und selbst ernannten Interimspräsidenten Juan Guaidó entschieden. Dies melden internationale Nachrichtenagenturen unter Berufung auf eine entsprechende Entscheidung vom Londoner High Court.

Der High Court stellte nun fest, dass „die britische Regierung eindeutig“ den Oppositionsführer Juan Guaidó als Staatschef Venezuelas anerkannt habe. Daraus folge, dass Nikolas Maduro nicht mehr als Präsident Venezuelas betrachtet werde, so der zuständige

Richter. Die Anwälte der Maduro-Seite kündigten umgehend an, in Berufung zu gehen. „Es gibt keinen Grund, Guaido als Präsident de jure und Maduro als Präsident de facto anzuerkennen“, heißt es unter anderem.

Im Mai war berichtet worden, dass die Zentralbank Venezuelas einen Rechtsanspruch gegenüber der Bank of England mit dem Versuch eingereicht hätte, die Bank of England zur Übergabe von Gold zu zwingen, damit die Regierung von Präsident Nicolas Maduro im Kampf gegen die Corona-Pandemie über ausreichende Mittel verfügen kann.

Die Bank of England verweigerte jedoch die Herausgabe, weil die Goldreserven auch von der Gegenregierung unter der Führung Guaidós beansprucht werden.

Die Bank of England bietet ihre Leistungen als Goldbewahrer für viele Entwicklungsländer an. Seit 2018 verzögert die Bank die Übergabe von 31 Tonnen venezolanischen Goldes an Maduro, den Großbritannien nicht als legitimes Staatsoberhaupt anerkennt.

Am 21. Januar 2019 war es in Venezuela zu Massenprotesten gegen Staatschef Nicolás Maduro kurz nach dessen Vereidigung gekommen. Parlamentschef Juan Guaidó erklärte sich am 23. Januar zum Interimspräsidenten. Die USA und einige andere Länder erkannten Guaidó umgehend als legitimen Präsidenten an.

Russland, China, die Türkei und einige andere Länder unterstützten Nicolas Maduro als legitimen Staatschef Venezuelas. In Moskau wurde der „Präsidentenstatus“ von Guaido als nicht existent bezeichnet. Maduro selbst bezeichnete Guaido als Marionette der USA.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 02.07.2020

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der DVR im GZKK **siebenmal das Regime der Feueereinstellung verletzt.**

Richtung Donezk haben Kämpfer der 57. Brigade auf direkten Befehl des Kriegsverbrechers Mischantschuk im Laufe des Tages mehr als 50 Mörsergeschosse mit 120mm- und 82mm-Mörsern auf das **Gelände des Flughafens** von Donezk und auf die **Siedlung des Oktjabrskaja-Bergwerks** abgefeuert, zusätzlich haben sie mit Schützenpanzerwaffen, Antipanzer- und automatischen Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen geschossen.

Die Materialien zu den Fällen von Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden den Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren in Bezug auf die verbrecherischen Handlungen des Brigadekommandeurs Mischantschuk hinzuzufügen. Trotz einer Anfrage von Vertretern der OSZE-Mission, ein Regime der Feueereinstellung zu gewährleisten, hat der Gegner den chaotischen Beschuss auf die genannten Gebiet der Republik fortgesetzt, ohne den Mitarbeitern der Mission die Möglichkeit zu geben, zu ihren von der ukrainischen Seite vernichteten Kameras zu gelangen. Das Signal von den Videokameras der OSZE im Bereich der Siedlung des Oktjabrskaja-Bergwerks fiel am Abend des 30. Juni aus, als drei aufeinanderfolgende Starts von Lenkraketen von Seiten der Strafruppen der 57. Brigade festgestellt wurden, von denen eine in Richtung eines 50 Meter hohen Betonturms am Oktjabrskaja-Bergwerk abgeschossen wurde, wo die Videoausrüstung der Mission installiert ist.

Der OSZE-Mission gelang es dennoch, die Schäden an den Videogeräten, die durch den Treffer eines Geschosses aus Richtung Peski entstanden waren, festzustellen. Wir merken an, dass gerade mit diesen Videogeräten die Beschießungen von den Positionen der 57. Brigade erfasst werden. Dies war der Hauptgrund für die Ausgabe des Befehls des Brigadekommandeurs Mischantschuk zu deren Vernichtung.

Wir verfügen über Informationen, dass in der Nacht vom 30. Juni auf den 1. Juli **ein Kämpfer der 57. Brigade, der Kommandeur einer Mannschaft für Antipanzerlenkraketen, Feldwebel Koschenzew mit Verbrennungen zweiten und dritten Grades an 25% der**

Hautoberfläche in das 66. militärmedizinische Hospital von Pokrowsk eingeliefert wurde. Der Strafsoldat geriet bei der Verletzung von Sicherheitsbestimmungen beim Start einer Lenkrakete in den Gastrom der startenden Motoren.

Außerdem haben wir im Verlauf der Woche die **Aktivität von Stationen der elektronischen Kriegführung** des Gegners im Gebiet von Krasnoje, Konstantinowka und Werchnetorezkoje festgestellt, die auf die **Blockade von Leitungskanälen und Navigationssystemen beim Auftauchen von Drohnen der OSZE-Mission** im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ gerichtet ist. Im Gebiet von Memrik ist auf Anweisung des Stabs der OOS eine Station zur Entdeckung von Zielen vom Typ 1RL134 P-19 „Dunaj“ stationiert, um die Bewegung der Drohnen der OSZE-Mission zu kontrollieren und den Luftabwehreinheiten der ukrainischen Streitkräfte Zielanweisungen zu geben, um diese zu vernichten.

Die uns bekannten Fakten und der anhaltende Beschuss des genannten Gebiets von Seiten des Gegners demonstrieren eine zielgerichtete Behinderung der Arbeit der OSZE-Mission, die Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festhält.

Wir haben Informationen erhalten, dass auf Anweisung des Kommandos der OOS eine **Abteilung für informationspsychologische Operationen beauftragt wurde, die Arbeit von Vertretern von Massenmedien zu organisieren, darunter eines Korrespondenten der deutschen Zeitung „Bild“**. Wir merken an, dass Vertreter des vereinigten Zentrums für militärisch-zivile Zusammenarbeit des Stabs der OOS unter Führung des Leiters der Planungsabteilung Woloschtschuk in Nowoluganskoje und Nowgorodskoje bereits die Arbeit mit der Bevölkerung begonnen haben, ihnen die Notwendigkeit auseinandergesetzt hat, Interview zu geben und dabei die Volksmiliz der DVR der Verletzung des Regimes der Feueinstellung zu beschuldigen. **Wir erwarten Provokationen von Seiten des Gegners und das Erscheinen thematischer Videoreportagen** mit Beschuss von Ortschaften auf zeitweilig von der Ukraine kontrolliertem Territorium.

In Kurachowo ist eine **Kommission des Stabs der Luftsturmtruppen** der Ukraine unter Leitung des stellvertretenden Kommandeurs der Luftsturmtruppen Kowaltschuk eingetroffen, **um die Organisation der Gefechtsbereitschaft der 79. Brigade und die Bereitschaft des Verbandes zur Ausführung von Kampfaufgaben in der OOS-Zone zu kontrollieren**. Bei der Kontrolle wurden wesentliche Defizite aufgedeckt, die Handlungen der Bataillons- und Kompaniekommandeure wurden als nicht zufriedenstellend bewertet, es wurde angemerkt, dass mehr als 35% der Technik nicht funktionsfähig ist, in den Einheiten wurden Fehlbestände von 30 Tonnen Treibstoff und anderer Materialien festgestellt. Der Brigadekommandeur Luzenko gibt Erklärungen ab, in Bezug auf Offiziere des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“, die zuvor die ihnen operativ unterstellte Brigade nachlässig kontrolliert haben, werden Ermittlungen durchgeführt.

Auf einem Übungsplatz im Gebiet von Baranowka wurde der Soldat des 2. Bataillons der 54. Brigade, Feldwebel Chudojnasarow, in der Folge von unvorsichtigem Umgang mit der Waffe verletzt. Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes, die eine Ermittlung durchführten, stellten fest, dass der Leiter der Übungen während des Vorfalls abwesend war und der Feldwebel betrunken war. Es ist bekannt, dass im Juni dieses Jahres 32 Soldaten des zweiten Bataillons, die grobe disziplinarische Verstöße im Zusammenhang mit Alkoholkonsum begangen hatten, Verweise erhielten.

Ukrinform.de: Jede Brigade in der Ostukraine bekommt bald Javelin-Raketen - Generalstabschef Chomtschak

In der Zukunft wird jede Brigade im Gebiet der Operation der Vereinigten Kräfte in der Ostukraine die Javelin-Raketen bekommen, sagte der Generalstabschef der ukrainischen

Streitkräfte, Ruslan Chomtschak, in einem Interview für die Nachrichtenagentur ArmeInform. Laut Chomtschak will er sich persönlich vergewissern, dass die Soldaten die Panzerabwehrraketen effektiv einsetzen können. Der Generalstabschef wollte die Zahl der ausgebildeten Bedienung für Panzerabwehrwaffen nicht nennen, das sei geheim. Nach Angaben von Chomtschak werden die Brigaden auch den Einsatz von „Bayraktar“-Drohnen trainieren.

Die USA stimmten im März 2018 den Lieferungen von tödlichen Waffen an die Ukraine zu, darunter von 210 Javelin-Raketen und 37 Abschusseinheiten. Im Oktober 2019 erlaubte die US-Regierung den Verkauf von 150 Raketen und zehn Abschusseinheiten im Wert von 39,2 Millionen US-Dollar.

Im Dezember 2019 wurden Verträge über weitere Lieferungen von Javelin-Raketen abgeschlossen.

Am 17. Juni 2020 lieferten die USA die Panzerabwehrraketen vom Typ Javelin FGM-148E an die Ukraine.



https://static.ukrinform.com/photos/2020_06/thumb_files/630_360_1592780269-277.jpg

Mil-Inr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der BFU festgestellt.

Die ukrainischen Streitkräfte stationieren weiter **Militärtechnik und Waffen in Ortschaften** und gefährden deren Einwohner.

In einem Wohngebiet von Staniza Luganskaja wurde die Stationierung eines Schützenpanzers der 25. Brigade festgestellt.

Weitere sechs Schützenpanzer der 93. Brigade wurden in der Nähe von Krymskoje bemerkt. Dies wird auch von der OSZE-Mission bestätigt.

Das Kommando der OOS versucht die Fälle der Entdeckung von Technik und Waffen zu minimieren und greift zu verschiedenen Methoden der **Behinderung der Arbeit der OSZE-Mission**. Die Kämpfer beschränken sich nicht auf systematisches Festhalten von Patrouillen an Checkpoints, die Nutzung von Kräften und Mitteln der elektronischen Kriegführung zur Blockade der Leitungssignale von OSZE-Drohnen, sondern sie wenden **immer häufiger die Methode der Vernichtung von Videokameras** der Mission, die an der Kontaktlinie installiert sind, ein.

Um zu verhindern, dass die OSZE-Mission Soldaten der ukrainischen Streitkräfte der Behinderung ihrer Arbeit beschuldigt, hat der Kommandeur der OOS Krawtschenko den Kommandeuren der Verbände und Truppenteilen befohlen, bei der Ausführung von Spezialaufträgen gegen Mitarbeiter der Mission besondere Vorsicht walten zu lassen. Nach Informationen von unserer Quelle im Stab der OOS wurde im Stab der operativ-taktischen

Gruppierung „Ost“ eine Ermittlung zu einem Fall von Vernichtung einer Kamera der OSZE-Mission durch Soldaten der 57. Brigade angesetzt.

Uns wurden weitere Fälle von **Unzufriedenheit der Bevölkerung der Ukraine mit Handlungen der sogenannten Verteidiger** des Landes bekannt. Dabei ist die Empörung der Menschen aus dem Donbass schon in der Tiefe des Landes zu bemerken.

So haben **Einwohner von Schepetowka**, die über den Lärm rund um die Uhr die Beschädigung der Straßen empört sind, die **Straße für eine Kolonne von Militärtechnik blockiert**, die zu einer Eisenbahnverladestation fuhr, um die OOS-Zone zu verlassen.

Außerdem wurden 30 Anrufe von örtlichen Einwohnern bei der Hotline der Administration des Präsidenten und dem Verteidigungsministerium der Ukraine festgestellt, die sich über die Stadtverwaltung beschwerten, die die Bitte der Einwohner über ein Verbot des Verkehrs von Technik in der Ortschaft ignoriert.

Wir wenden uns an die Bürger der Ukraine, nur mit gemeinsamen und entschiedenen Anstrengungen können Sie die Willkür der ukrainischen Streitkräfte stoppen, einen Abzug von Waffen und Militärtechnik aus Ihren Ortschaften erreichen. ...

Deutsch.rt.com: "**Kolonialherrschaft ist vorbei**": **China droht Großbritannien im Streit um Hongkong mit Gegenmaßnahmen**

China warnt Großbritannien im Streit um Hongkong vor Gegenmaßnahmen. Peking werde nicht untätig zusehen, wie London an Millionen Hongkonger die britische Staatsbürgerschaft vergibt, erklärte Außenamtssprecher Zhao Lijian am Donnerstag gegenüber der Presse. Premierminister Boris Johnson sagte am Mittwoch, falls China in Hongkong das umstrittene nationale Sicherheitsgesetz umsetzt, hätten Millionen Hongkonger einen Anspruch auf den Status "British National Overseas" (BNO). Ein BNO-Pass erlaubt es derzeit, für sechs Monate ohne Visum in das Vereinigte Königreich einzureisen.

Die britischen Einwanderungsgesetze könnten derart geändert werden, wonach Bürger in Übersee für einen verlängerbaren Zeitraum von zwölf Monaten im Vereinigten Königreich bleiben und im Anschluss britische Staatsbürger werden können.

Hiergegen protestierte der chinesische Außenamtssprecher:

„Alle Hongkonger Landsleute, einschließlich jene, die einen Pass als Britische Bürger in Übersee haben, sind chinesische Staatsbürger.“

Vor der Rückgabe der Kronkolonie an China im Jahr 1997 habe Großbritannien sich klar verpflichtet, ihnen kein Aufenthaltsrecht zu gewähren.

Auch die chinesische Botschaft in London bezeichnete das Vorhaben Großbritanniens als einen Affront gegen die Souveränität Chinas sowie einen Verstoß gegen Vereinbarungen zwischen London und Peking. China behalte sich das Recht vor, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, hieß es in einer Erklärung.

„Die Zeiten, als Hongkong unter britischer Kolonialherrschaft stand, sind vorbei.“



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2020.07/article/5efdd3a248fbef2b9d18da1d.JPG>

de.sputniknews.com: **Truppenübungsplatz in Bayern: Sechs US-Fallschirmspringer bei Übung verletzt – drei schwer**

Bei einer Großübung der US-Armee im bayerischen Grafenwöhr haben sich sechs Fallschirmspringer verletzt – drei davon schwer. Der Vorfall löste einen Großeinsatz aus. Zu dem Vorfall kam es am Mittwochabend auf dem US-Truppenübungsplatz in Grafenwöhr (Oberpfalz). Statt auf einer Wiese landeten die Fallschirmspringer Angabens zufolge in einem Waldstück, wo sie sich in hohen Bäumen verfangen und sich nicht mehr selbst befreien konnten.

Das Unglück löste einen Großeinsatz mit rund 170 Einsatzkräften aus: Rettungsdienst, Feuerwehr, Bergrettung sowie Polizei rückten zur Unfallstelle aus. Auch ein Rettungshubschrauber aus Nürnberg sowie zwei Hubschrauber der Bayerischen Polizei waren im Einsatz gewesen.

Sechs Truppenmitglieder seien bei dem Einsatz verletzt worden, drei von ihnen schwer, sagte ein Sprecher des Truppenübungsplatzes in Grafenwöhr. Sie seien zur Behandlung in umliegende Krankenhäuser gebracht worden. Es bestehe jedoch keine Lebensgefahr. Außerdem soll ein Feuerwehrmann bei der Bergung der Fallschirmspringer verletzt worden sein.

Die Unfallursache war zunächst noch unklar und soll untersucht werden. Luftlandeübungen seien aber grundsätzlich mit Gefahren verbunden, sagte der Sprecher. Der Unfall sei nicht der erste seiner Art gewesen.

Aktuell führt die US-Armee eine Großübung auf dem Truppenübungsplatz durch. Wie der Leiter der integrierten Leitstelle Oberpfalz, Jürgen Meyer, der Nachrichtenagentur News5 sagte, waren zuvor insgesamt 200 Fallschirmspringer über dem Truppenübungsplatz abgesprungen.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32167/47/321674798_0:1303:2402:2602_1000x0_80_0_1_7eeb55cea381d0ba6719500a1258c342.jpg

dan-news.info: **Bis heute wurden vom staatlichen Unternehmen „Post des Donbass“ 218 verschiedene Briefmarken herausgegeben**, teilte heute die Spezialistin der Abteilung für Philatelie des staatlichen Unternehmens Walerija Sinizyna auf einer Pressekonferenz mit. Die größte Popularität erlangte die Marke, die Josif Stalin gewidmet ist. Sie wurde im Dezember 2019 in einer Auflage von 16.000 Exemplaren herausgegeben, die an einem Tag verkauft wurden. Die Marke war die erste in einer Serie „Große Menschen“ und wurde anlässlich des Geburtstags dieses Revolutionärs und Politikers herausgegeben. In den letzten fünf Jahren hat die Post des Donbass außerdem 159 Ersttagsumschläge herausgegeben....

Die Post des Donbass wurde im Dezember 2014 gegründet. Das Unternehmen befasst sich mit dem Versand von Briefen, Zeitungsabonnements, zahlt Renten und Sozialzahlungen aus. Im Frühjahr 2015 begann die Ausgabe von Briefmarken. Die ersten Marken wurden am 9. Mai in Umlauf gebracht. Sie waren den Helden der Republik Michail Tolstych (Giwi) und Arsen Pawlow (Motorola) gewidmet.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2019/12/dan-news.info-2019-12-18_06-22-30_201581-st-konv.jpg

de.sputniknews.com: **Russland befindet sich noch im Entwicklungsstadium – Putin**

Nach dem Zerfall der Sowjetunion ist erst wenig Zeit vergangen. Das jetzige Russland, darunter auch sein politisches System, befindet sich laut Präsident Wladimir Putin noch in einem Entwicklungsstadium.

„Nach dem Zerfall der Sowjetunion ist nach historischen Maßstäben nur wenig Zeit vergangen. Das jetzige Russland befindet sich zweifellos noch im Werden, in der Entwicklung. Das betrifft alle Aspekte unseres Lebens: sowohl das politische System als auch die Wirtschaft usw.“, sagte Putin am Donnerstag in einer Sitzung des Organisationskomitees „Pobeda“ (Sieg). ...

ukrinform.de: Kyjiw: **„Nationalkorps“ fordert Verbot von „Oppositioneller Plattform – Für das Leben“ und „Partei von Scharij“**

Im Zentrum der ukrainischen Hauptstadt haben sich Vertreter des „Nationalkorps“ zur einer Protestaktion gegen „antiukrainische feindliche Organisationen“ versammelt.

Etwa 1000 Demonstranten fordern ein Verbot der „Oppositionellem Plattform – Für das Leben“ und der Partei von Blogger Anatolij Scharij. Die Aktivisten gehen vom Sophienplatz zur Zentrale des Sicherheitsdienst der Ukraine und zum Justizministerium.

Etwa 200 Polizisten sorgen für die Sicherheit und Ordnung im Zentrum Kyjiws.

Die Aktionen des „Nationalkorps“ unter dem Motto „Gegen Watte-Revanche“ fanden vor den Büros dieser Parteien in vielen Städten der Ukraine statt.



https://static.ukrinform.com/photos/2020_07/thumb_files/630_360_1593695102-292.jpg